

Strahlentelex

mit **ElektrosmogReport**

Unabhängiger Informationsdienst zu Radioaktivität, Strahlung und Gesundheit

ISSN 0931-4288

www.strahlentelex.de

Nr. 468-469 / 20. Jahrgang, 6. Juli 2006

Endlagerforschung:

Acht Forschungseinrichtungen wollen ermitteln, wie sich die radioaktiven Elemente auf ihrem Weg durch das Gestein verhalten, wenn es zu einer Freisetzung und Ausbreitung aus dem Endlager kommt.

Seite 3

Umweltradioaktivität:

Radioaktive Abluft aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague gelangte auch nach Braunschweig. Das stellte die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) im Mai 2005 fest.

Seite 4

Umweltradioaktivität:

In Nordwales ist das Erkrankungsrisiko für praktisch alle Typen von Krebs gegenüber dem britischen Durchschnitt signifikant erhöht. Das stellten Wissenschaftler der Umweltorganisation Green Audit fest.

Seite 5

Atomwirtschaft:

Rußland will die Städte an der Polarmeerküste mit schwimmenden Atomreaktoren ausrüsten, wie sie bisher in Atom-Eisbrechern zum Einsatz kamen. Das erste dieser Kraftwerke wurde jetzt in Auftrag gegeben.

Seite 6

Atom Müll-Lager

Wohin mit dem radioaktiven Abfall in Deutschland?

Für eine sozialwissenschaftliche Endlagerforschung

Der endgültige Verbleib hochradioaktiver Abfälle ist weiterhin ungeklärt. Obwohl bereits große Mengen solcher Abfälle existieren, vor allem abgebrannte Brennstäbe aus Atomreaktoren und Materialien aus dem militärischen Bereich, ist weltweit trotz diverser Anläufe noch kein Endlager für hochradioaktiven Atom Müll in Betrieb genommen worden. Im Oktober 2002 hatte der vom damaligen

grünen Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit berufene „Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AkEnd)“ nach dreieinhalb Jahren Beratung seinen Schluß-Workshop veranstaltet und dem Minister Verfahrensempfehlungen überreicht. Kernpunkte waren die Forderung nach geologischer Sicherheit „für eine Million Jahre“ und die Einführung von Verfahren zur

Öffentlichkeits- und Bürgerbeteiligung. Seitdem herrscht weitestgehend Funkstille. Der deutsche Entsorgungskonflikt leide weiterhin an einer Entscheidungsblockade, heißt es, Politiker verspürten wenig Lust, sich dem Thema zuzuwenden.

In dieser Situation fragten Peter Hocke und Arnim Grunwald vom Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) des Forschungszentrums Karlsruhe nach den „Perspektiven für eine sozialwissenschaftliche Begleitforschung“ und luden im Oktober 2004 für eineinhalb Tage Natur- und Kultur- bzw. Gesellschaftswissenschaftler zu einem Workshop „Zur Endlagerung radioaktiver Abfälle in Deutschland“ ein. Die zentralen Ergebnisse der Veranstaltung veröffentlichten sie jetzt in einem Sammelband (edition sigma, Berlin 2006).

Durch die Arbeit des AkEnd war die Aufmerksamkeit weg von den inhaltlichen Kontroversen und Standortfragen hin

zu den *Verfahren* der Bestimmung eines Endlagerstandortes verlagert worden, konstatierten Hocke und Grunwald. Die Hoffnung habe darin bestanden, durch andere, beteiligungsorientierte und ergebnisoffene Verfahren die Entscheidungsblockade aufzubrechen. Dialogisch orientierte Entscheidungsformen würden zwar vielfach als Hoffnungsträger eingestuft, jedoch weder von den zentralen Interessenträgern (wie der Energiewirtschaft) noch von Regierungsbehörden und -organisationen wirklich in den Entscheidungsprozeß einbezogen. Sie liefen statt dessen häufig beziehungslos neben den klassischen Verfahren her. „Dieses für die Endlagerfrage zu ändern, bedürfte einer gesetzgeberischen Kraftanstrengung und politischen Mutes. Schließlich ginge es um nicht mehr und nicht weniger, als dass Verfassungsorgane bestimmte Teile ihrer eigenen Gestaltungsmöglichkeiten und Entscheidungskompetenzen in der Endlagerfrage einem Beteiligungsverfahren übertragen

Strahlentelex, Th. Dersee, Waldstr. 49, 15566 Schöneiche b.Bln.
Postvertriebsstück, DPAG, „Entgelt bezahlt“ A 10161 E

würden“, bemerken Hocke und Grunwald.

Aus (demokratischer) Legitimation folgt nicht zwangsläufig Akzeptanz, wenn gewisse „Toleranzgrenzen“ überschritten werden. Grunwald und Hocke stellen fest: Das zentrale Dilemma der Endlagerfrage besteht darin, daß es zwar schon einmal eine Standortentscheidung gab (wenigstens im Hinblick auf die Erkundung von Gorleben) und daß diese Standortentscheidung auch demokratisch auf legitime Weise zustande gekommen ist, daß sie aber dennoch von den Betroffenen, das heißt vor allem von der lokal ansässigen Bevölkerung, nicht akzeptiert worden ist. Wird das Entscheidungsverfahren nicht akzeptiert, muß es verändert werden. Grunwald und Hocke fordern deshalb, ein demokratisches System müsse die Größe haben, etablierte Verfahrensregeln zu modifizieren, wenn Legitimation und Akzeptanz in einem intolerablen und die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft gefährdenden Maß auseinanderzufallen beginnen. Dann seien die demokratischen Prozeduren selbst in einem gesellschaftlichen Lernprozeß zu ändern. Denn erst wenn die Entscheidungsverfahren wieder als legitimationserzeugend akzeptiert seien, könne erneut Akzeptanz für die in diesen Verfahren zustande gekommenen Ergebnisse erwartet werden.

In den Diskussionen während des Workshops wurde offenbar, daß die Meinungen und Erwartungen zwischen ingenieur-, natur- und sozialwissenschaftlichen Endlager-Experten über den Gehalt einer sozialwissenschaftlichen Forschung zur Endlagerung noch weit auseinandergehen, teilweise verbunden mit abstrusen Vorstellungen. Die vorgetragenen Positionen reichten, faßt Hocke zusammen, „von der Bitte, die natur- und ingenieurwissenschaftlichen Endlagerforscher in ihrem

Bemühen zu ‚unterstützen‘, die notwendige Lösung der Endlagerfrage voranzutreiben und damit einen Beitrag für ein ausreichendes Maß an Akzeptanz zu leisten“, bis zu der Erwartung, eine sozialwissenschaftliche Endlagerforschung könne „konstruktive Formen der Medienberichterstattung über Endlagerfragen und die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure sicherstellen“. Die in den Diskussionen vertretenen Positionen reichten laut Hocke von „neoliberalen Visionen ausschließlich über den Markt herstellbarer Prosperität und gesellschaftlicher Weiterentwicklung“ bis zu „Visionen andererseits, nach denen gegenüber Umwelt und Gesellschaft destruktive Prozesse durch zivilgesellschaftliche und bewußt herbeigeführte deliberative ‚Bändigung‘ gemeinsam gestaltet werden könnten“.

Durch eine problemorientierte sozialwissenschaftliche Endlagerforschung können jedoch weder die gesellschaftlichen Probleme gelöst werden, die sich bei der Errichtung eines Endlagers ergeben, noch kann Akzeptanz für die Endlagerung erzeugt werden, betonen die Sozialwissenschaftler. Was befördert werden könne, seien vielmehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit der aktuellen Entscheidungslage und bei den Prozessen der Entscheidungsfindung, die ihr vorausgegangen sind. Da die blockierte Entscheidungslage jedoch das Ergebnis von politischen und sozialen Auseinandersetzungen ist, werde es nicht genügen, sich der bereits ausreichend anspruchsvollen Identifikation dabei bedeutsamer Akteure und der mit ihnen verbundenen Interessen zu stellen.

Hocke meint optimistisch, „die Politik als Träger und Garant für kollektiv verbindliche Entscheidungen“ schlage innerhalb der Debatten um eine neue, bürgerfreundliche, auf Argumenten jenseits von Obrigkeitsstaatlichkeit beru-

hende und an Aushandlungsprozessen mit allen Interessenträgern interessierte Restrukturierung des Regierungshandelns („New Governance“) längst sehr offensiv selbst einen veränderten Umgang mit Ängsten und Bedenken von Laien vor und erteile den bisherigen Verfahrensweisen eine Abfuhr, bei der die Gründe für verzögerte oder blockierte Entscheidungen in Informationsdefiziten bei der Bevölkerung und damit überwiegend bei Laien gesucht werden. Durch Instrumente dieses „neuen Regierens“, so wird erwartet, könne bei der Gestaltung von Rahmenbedingungen für den Einsatz (entsorgungs-)technologischer Lösungen eine bessere Übereinstimmung unter den Entscheidungsträgern einerseits, und auch zwischen ihnen und der Bevölkerung erreicht werden. In diesem Kontext könnten neue Verfahren und Instrumente erprobt werden, die bei Bewährung als verbindlich für das Fällen von Entscheidungen akzeptiert werden. Erst dann lasse sich auch Akzeptanz für konkrete Anliegen bei der Endlagerung erwarten. Transparenz zu erzeugen erfordere den Verzicht auf „elaborierte Sprachcodes“ und vor allem aber zielgruppenorientierte Übersetzungsleistungen zwischen Entscheidungsträgern, Wissenschaftlern und Experten sowie der interessierten Öffentlichkeit, und zwar nicht in der Weise, daß Expertenwissen der Öffentlichkeit einseitig vermittelt wird. Eine allseitige Verständigung sei nur möglich, wenn sich alle Beteiligten auf einen interdisziplinären und öffentlichkeitsorientierten Kommunikationsprozeß einlassen und sich mit der Tatsache vertraut machen, daß ihre unterschiedlichen (Fach-)Sprachen sich auch in Fachdebatten den anderen Beteiligten nicht von selbst in ihrer Plausibilität erschließen.

Derartige Übersetzungsleistungen werden tatsächlich

ständig von Journalisten und mit den Medien erbracht. Deshalb erscheint es durchaus folgerichtig, wenn Hocke sich bei der Erforschung etwa der Ursachen für die Nichtbearbeitung des Entscheidungsproblems bei der Endlagerung radioaktiver Abfälle in Deutschland durch die dafür zuständigen, primär politischen Akteure in Regierungsorganisationen und Parteien zuerst auf die Berichterstattung der (Massen-)Medien stützen will. Zentrale Vorgänge des Entscheidungshandelns und der Konfliktbearbeitung will er mit ihrer Hilfe in den Blick bekommen. Eine kritische Analyse sollte es auch erlauben herauszuarbeiten, welche entscheidungsrelevanten Inhalte und Probleme in der Öffentlichkeit nur schlecht sichtbar sind. Als „Dauerbeobachter“ öffentlicher Kommunikation und öffentlichen Handelns stellen (Massen-)Medien tatsächlich eine Institution dar, die mit großer Kontinuität gerade politisierte Konflikte beobachtet.

Zweifel kommen dem journalistischen Beobachter jedoch an der zu erwartenden Aussagekraft der Erkenntnisse, wenn er liest, daß „mediale ‚Zeitreihen-Daten‘ auf der Basis einschlägiger Massenmedien“ „wie der ‚Frankfurter Allgemeinen Zeitung‘ und Nachrichtenmagazinen wie ‚Focus‘ sowie der Wirtschaftspresse“ (Zitat: „da diese für die öffentliche Meinungsbildung von besonderer Rolle sind“) und die Ermittlung, „welchem Akteur es wie oft gelingt, in d[ies]en Medien berücksichtigt zu werden und welche inhaltlichen Informationen über seine Positionen vermittelt werden“ ein „zentrales Element“ der Datenerhebung bilden sollen. Nichts gegen die Kollegen der genannten Zeitung und des Magazins, ein etwas weitgefäßteres Spektrum ist jedoch leicht vorstellbar. Art und Sorte des gewählten Übersetzungsmediums sagen zunächst nur etwas

über Standort und Blickwinkel des Beobachters aus, nichts über das Objekt des Interesses.

Th.D.

Peter Hocke, Armin Grunwald (Hg.): Wohin mit dem radioaktiven Abfall? Perspektiven für eine sozialwissenschaftliche Endlagerforschung; Mit Beiträgen von Lutz Mez, Manfred Popp, Wolfgang Kromp, Anselm Tiggemann, Detlev Ipsen, Frank Fischer, Detlef Appel, Martin Stolle, Thomas Flüeler u.a.; edition sigma, Gesellschaft – Technik – Umwelt, Neue Folge 8, Berlin 2006, 257 Seiten, ISBN-10: 3-89404-938-3, ISBN-13: 978-3-89404-938-6; www.edition-sigma.de.

Endlagerforschung

Wenn das Endlager nicht hält, was versprochen wird

Bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMW) einen Forschungsverbund zur Untersuchung geeigneter Wirtsgesteine für weitere drei Jahre finanziell unterstützen. Darauf wiesen die Johannes Gutenberg-Universität Mainz im April 2006 und erneut die Universität des Saarlandes Anfang Juni 2006 hin. Wie mitgeteilt wird, soll im Rahmen eines Verbundprojekts „Migration von Actiniden im System Ton, Huminstoff, Aquifer“ nach der Untersuchung von Salz und dem Modelltonmineral Kaolinit nun damit begonnen werden, natürliche Tongesteine auf ihre Eignung als Wirtsgesteine oder als geologische Barriere eines Endlagers für radioaktive Abfälle zu untersuchen. Die Johannes Gutenberg-Universität hatte zusammen mit dem als Projektträger fungierenden Forschungszentrum

Karlsruhe (Abteilung Wassertechnologie und Entsorgung) und dem Forschungszentrum Rossendorf 1995 auf Initiative des BMW einen Kompetenzverbund etabliert, dem mittlerweile weitere fünf Forschungseinrichtungen angehören: das Institut für Interdisziplinäre Isotopenforschung Leipzig, die Universität des Saarlandes mit ihrem Lehrstuhl für Anorganische und Analytische Chemie und Radiochemie von Prof. Dr. Horst Philipp Beck, die Technische Universität München, die Universität Heidelberg und die Universität Potsdam. Künftig will man auch noch mit der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) in Braunschweig zusammenarbeiten. Die bislang beteiligten acht Forschungseinrichtungen wollen dabei insbesondere ermitteln, wie sich die radioaktiven Elemente, vor allem die Actiniden, auf ihrem Weg durch das Gestein verhalten würden, falls es zu einer Freisetzung und Ausbreitung aus einem Endlager käme, wird erklärt.

Nach ersten Untersuchungen über den Einfluß von Huminstoffen auf das Migrationsverhalten hatte der Kompetenzverbund sein Augenmerk zunächst auf die Verhältnisse bei der Endlagerung in Salzgestein gelegt. Der Einfluß von Huminsäuren auf die Migration von Radionukliden durch Komplexbildung wurde in salzhaltigen Lösungen erforscht. Seit 2003 sei dann das Tongestein Kaolinit als einfaches Modellmineral verwendet worden. Nun sollen die Untersuchungen an Kaolinit beendet und ein in Norddeutschland natürlich vorkommender Mergelton als Referenzsubstanz verwendet werden, heißt es aus dem BMW, in dem weiterhin der Salzstock in Gorleben als Endlager favorisiert wird.

In der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg stößt diese Forschungsausrichtung auf scharfe Kritik

und die Sorge, daß damit die bisherige Vorgabe für ein Endlager endgültig aufgegeben wird, einen wasserdichten Einschluß des Atommülls zu gewährleisten: „Die Forscher wollen nun ‚das Pferd vom Schwanz her aufzäumen‘ und mal sehen, was aus einem Endlager zu den Menschen zurückkommt.“

Atommüll-Lager

Neues Untertagelabor für Gorleben geplant

Am 3. Mai 2006 hatte der niedersächsische Wissenschaftsminister Stratmann bei einem Besuch in Gorleben gegenüber der Elbe-Jeetz-Zeitung die Einrichtung eines Atommüll-Versuchslabors verkündet und die Unterstützung der Landesregierung zugesagt. Das stieß bei der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) „auf Entrüstung, unter anderem weil die Forschungspläne von den Atommüllverursachern finanziert werden sollen, die ein starkes Eigeninteresse an einer „billigen Lösung“ des von ihnen produzierten Atommüllproblems haben“, faßte der BI-Sprecher Francis Althoff zusammen. Laut Planungen will die Gesellschaft für Nuklearservice, ein Zusammenschluß der AKW-Betreiber, für ihre Ziele eine Professur an der Universität Clausthal stiften und weitere Wissenschaftler finanzieren.

Die Bundesregierung schließt die Errichtung eines solchen Labors nicht grundsätzlich aus. In Beantwortung einer kleinen Anfrage über die Fraktion Neue Linke erklärte sie jetzt dazu (Drucksache 16/1775), zuständig für die Errichtung und den Betrieb sei gemäß Paragraph 23 des Atomgesetzes das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS). Die Pläne zur Errichtung eines

Untertagelabors im Salzstock Gorleben seien bisher aber mit dem BfS nicht abgestimmt und das Konzept sei „dem BfS nicht bekannt“. Auch sei bisher kein Antrag zur Errichtung eines Untertagelabors gestellt worden. Mit dem derzeit noch geltenden Moratorium, das zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen am 14. Juni 2000 vereinbart wurde, sei die Errichtung eines Versuchslabors im Erkundungsbergwerk Gorleben auch nicht vereinbar. Der Bund sei Verfügungsberechtigter über das Erkundungsbergwerk Gorleben und die TU Clausthal benötige deshalb seine Zustimmung zur Errichtung eines Untertagelabors im Bergwerk. Die Einrichtung selbst bedürfe dann der Zulassung zumindest durch die Bergbehörde. Ob darüber hinaus noch weitergehende Zulassungen erforderlich sind, hänge schließlich von der Art der Labortätigkeit ab.

Atommüll-Transporte

Verwirrspiel um Castor-transporte in 2006 und 2007

Als „politisch inszeniertes Verwirrspiel, um von Castorsicherheitsproblemen abzulenken“ wertet die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) das Hin und Her um stattfindende oder ausfallende Castortransporte nach Gorleben in diesem und im nächsten Jahr. Die Bürgerinitiative äußerte den Verdacht, daß bei Falltests eines neuen, für 2007 vorgesehenen Behälters, ein Zwischenfall verschwiegen wird und hat die zuständigen Behörden gebeten, Einblick in die Sicherheitsprotokolle zu bekommen.

In den letzten Jahren waren Brennelemente mit erhöhtem